

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

102 (18.8.1948)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Mittwoch, 18. August 1948

Druckerei: Montag, Mittwoch, Freitag u. Samstag, Redaktion u. Verlag: Aht, Karlsruhe, Waldstr. 28, Tel. 922322. Druck: Bad. Presse, Karlsruhe, Anzügen- u. Vertriebsabtl. Kdo., Kaiserstr. 60, Tel. 6648. Bezugspreis monatl. DM 2.40 (inkl. Trägergeb.).

Postzustellung DM 2.30 zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene (40 mm breite) Millimeterzeile Millimeter-Grundpreis DM 1.00 im drüben stehende zur Zeit gültige Preisliste Nr. 2a. - Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 8023.

Kopfquotenrest am 20. August

Frankfurt, 17. Aug. (DENA). Die Militärgouverneure der drei Westzonen haben in ihrer am Montag geführten Besprechung entschieden, daß die restlichen 20 DM der Kopfquote in Übereinstimmung mit dem Währungsgesetz am 20. August ausbezahlt werden sollen. Gleichzeitig beriet die Militärgouverneure die Möglichkeit einer Freigabe der blockierten 5 Prozent der Festkonten. Mit Rücksicht auf den Umlauf der Geldmittel, der durch die Ausgabe des restlichen Teils der Kopfquote noch weiter vergrößert wird, kamen die Militärgouverneure zu der Entscheidung, daß vor Freigabe der weiteren 5% noch sorgfältige Erwägungen angestellt werden sollen.

Kabinettsitzung in London

London, 17. Aug. (DENA-Reuter) Das britische Kabinet ist 11. INS am Montag vor Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Herbert Morrison zur Erörterung der Moskauer Besprechungen sowie anderer in- und außenpolitischer Fragen zu einer Sitzung zusammengetreten. Ministerpräsident Attlee weilt zur Zeit auf Urlaub.

Das Kabinet soll sich nach gut unterrichteten Kreisen mit der Frage befassen, ob die Demobilisierung der britischen Streitkräfte in verriegeltem Ausmaß durchgeführt oder ob sie vorübergehend eingestellt werden soll. Eine Reihe von Spezialisten der Royal Air Force verbleiben wegen der Luftversorgung Berlins ohnehin weiter unter den Waffen.

Montgomery ruft nach Freiwilligen

Blackpool, 17. Aug. (DENA-Reuter) Der Chef des britischen Empire-Generalstabes, Feldmarschall Lord Montgomery, rief hier am Dienstag 150.000 britische Männer und Frauen auf, sich als freiwillige Reservisten der britischen Territorial-Armee anzuschließen. Montgomery erklärte, diese Maßnahme erweise sich angesichts der Weltlage als notwendig.

Militärbindnis mit Nordamerika?

Washington, 17. Aug. (DENA-INS) Die Signalmächte des Westunionspakts (Großbritannien, Frankreich, Beneluxstaaten) wissen am Dienstag ihre Botschafter in Washington an, an die Regierungen der USA und Kanadas zwecks Abschluß eines engeren Militärbindnisses heranzutreten. Die Westunionsmächte hatten bereits vor einigen Wochen den USA einen Bericht über ihre gemeinsame Leistungsfähigkeit und ihre militärischen Bedürfnisse im Fall eines Angriffes übermittelt.

KP kontrolliert finnische Polizei

Helstakki, 17. Aug. (UP) Die finnische Geheime Staatspolizei steht seit 1945 unter kommunistischer Kontrolle, heißt es in dem Bericht eines Untersuchungsausschusses, der am Dienstag von der Regierung Pajerholm veröffentlicht wurde. 90 bis 70 Prozent der unteren sowie 70 Prozent der höheren Beamten der Staatspolizei gehörten der extremen Linken an. 85 Prozent der Staatspolizeibeamten seien für ihre Ämter ungeeignet.

Griechische Truppen auf Vormarsch

Athen, 17. Aug. (DENA-INS) Die griechischen Regierungstruppen befinden sich, wie aus Frontberichten am Dienstag hervorgeht, in einer Frontlinie von 75 km auf dem Vormarsch gegen die albanische Gebirgsregion. Der griechische Generalstab schätzt die Stärke der albanischen Truppen auf noch ungefähr 18.000 Mann. Die Erfolge der griechischen Truppen sind nach Ansicht amerikanischer Kreise auf ihre Deckungskriegsmethoden zurückzuführen, die sie auf Vorschlag von Offizieren der amerikanischen Militärmission anwenden.

Welt-Rundschau

WASHINGTON. (UP) Präsident Truman unterzeichnete das Anti-Inflationsgesetz der USA. - LAKE SUCCESS. (UP) Großbritannien, unterstützt von den USA, beschuldigte Jugoslawien vor den UN, die Zone „B“ des Freistaates Triest in einen „eisernen Vorhang des Geheimnisses“ zu hüllen. - LONDON. 30 deutsche Frauen werden in England eine dreifache Ausbildung als Krankenschwestern erhalten. - STOCKHOLM. Die Außenminister von Schweden, Norwegen und Dänemark werden hier am 8. und 9. September zu einer Konferenz zusammenzutreten. - ROM. Die zwei Millionen Mitglieder der italienischen kommunistischen Partei werden aufgefordert, alle ungesicherten Elemente aus der Partei zu entfernen. - SOFIA. (UP) Sieben Personen wurden wegen Bildung bewaffneter Untergrundgruppen und Planung eines Sturzes der bulgarischen Regierung hingerichtet. - BOMBAY. (UP) In Ok Agra (Bengalen) kam es am Unabhängigkeitstag zwischen Mohammedanern und Sikh-Führungen zu Zusammenstößen, bei denen 18 Personen getötet und 130 verletzt wurden. (Alle nicht gesicherten Nachrichten: DENA)

Westdeutschland-Pläne nicht aufgehoben

General Clay: „Solange ich auf meinem Posten bleiben soll, bleibe ich“

Frankfurt, 17. Aug. (DENA) „Es besteht nicht die Absicht, von den Plänen, die für die Bildung Westdeutschlands vorgesehen waren, abzugeben“, erklärte General Lucius D. Clay hier am Montag auf einer Pressekonferenz. Die Entscheidungen, die in Moskau eventuell fallen werden, seien ihm unbekannt. Trotzdem aber liegen keine Anzeichen dafür vor, daß irgendwelche Änderungen bezüglich Westdeutschland vorgenommen werden.

Auf die Frage, ob General Clay im Falle eines Wechsels in der Deutschlandpolitik der Westmächte zurücktreten werde, erklärte er wörtlich: „Ich bin Soldat und Soldaten treten nicht zurück. Aber solange meine Regierung wünscht, daß ich in Deutschland auf meinem Posten bleibe, werde ich bleiben.“

In der vorhergehenden Konferenz mit den Generälen König und Robertson seien neben den Besprechungen über die weitere Abwicklung der Währungsreformgesetzten Fragen, die mit der Bildung der Trizone zusammenhängen, beraten worden. Die Vorarbeit für den künftigen Zusammenschluß werde in Arbeitsschritten vorangetragen werden.

Clay sagte, daß die vorläufige Verfassung des westdeutschen Staates seinen endgültigen Tatbestand schaffen soll, daß sie aber genügend Stabilität besitzen müsse, um eine gesunde Weiterentwicklung zu erlauben. Clay betonte dann auf eine Frage, daß die Freigabe der Reichsmark-Gegenwerte für die Kategorie „a“-Importe für die Zwecke der Wiederaufbaubank sorgfältig erwogen werde. Eine endgültige Entscheidung werde jedoch erst getroffen, wenn detaillierte Vorschläge der Deutschen hierzu eingereicht würden. Die Entscheidung über die Freigabe der ERP-Gelder für den gleichen Zweck sei Sache des ERP-Administrators Hoffman in Paris.

Clay erklärte dann, daß er Ende des Monats mit General Robertson in Düsseldorf zusammentreffen werde, um dort mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Besprechungen zu führen. Es sollten dort auch Schritte besprochen werden, um die Kohlenproduktion weiter zu fördern. Zur Sozialisierungsfrage äußerte der General, er vertrete nach wie vor die Ansicht, daß eine Entscheidung über die Sozialisierung größerer Industrien allein vom gesamten deutschen Volke getroffen werden könne.

Zu dem deutschen Vorschlag, den politisch Verfolgten die Sonderrationen zu entziehen, erklärte Clay, er glaube, daß diesem Vorschlag zugestimmt werden könne, da die allgemeine Verbesserung in der Ernährungslage die Sonderrationen für politisch Verfolgte überflüssig mache. Clay betonte dann noch einmal, daß Berlin nach Ansicht der amerikanischen Militärregierung noch immer unter dem Viermächte-Statut stehe.

Frank Roberts, soll vorläufig noch in Moskau bleiben, das sicherste Zeichen dafür, daß weitere Besprechungen stattfinden werden.

Stalin gegen freie Wahlen

Washington, 17. Aug. (UP) In einem am Sonntag veröffentlichten Bericht der amerikanischen außenpolitischen Gesellschaft wird berichtet, daß Generalissimus Stalin anlässlich der Potsdamer Konferenz erklärt habe, die Sowjetunion könne es nicht zulassen, daß in den osteuropäischen Staaten freie Wahlen abgehalten werden, weil dadurch ruffeindliche Regierungen an die Macht gelangen würden. Dieser Bericht, der die Überschrift trägt: „Augen in Augen mit der Sowjetunion“, wurde von Philip Mosley, Professor für Auslandswissenschaften am Russland-Institut der Columbia-Universität und Berater der amerikanischen Delegation bei der Potsdamer Konferenz, zugesprochen.

Donauprobem vor die UN?

Paris, 17. Aug. (DENA-Reuter) Ein Sprecher des französischen Außenministeriums erklärte am Montag, es sei möglich, daß die französische Delegation auf der Donaukonferenz eine weitere Stimmabgabe ablehne. Frankreich beabsichtigt, wie am Dienstag aus Kreisen des französischen Außenministeriums verlautet, den gesamten Frequentenkomplex der Donauschifffahrt vor die UN zu bringen.

Der Hauptausschuß der Donaukonferenz in Belgrad erörterte am Dienstag einen amerikanischen Änderungsantrag zu dem letzten Artikel des sowjetischen Konventionentwurfes, wonach zur Ratifizierung der Konvention nicht wie sowjetischerseits vorgesehen sechs Stimmen, sondern die Zustimmung von allen elf teilnehmenden Staaten benötigt wird. Der amerikanische Vorschlag wurde jedoch mit sieben gegen drei Stimmen abgelehnt und die sowjetische Fassung des Artikels mit sieben gegen zwei Stimmen angenommen, wobei Frankreich sich nicht an der Abstimmung beteiligte.

Wirtschaftsrat spricht Erhard Vertrauen aus

Frankfurt, 17. Aug. (DENA) Der Wirtschaftsrat sprach in seiner Sitzung am Dienstag dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Ludwig Erhard, das Vertrauen aus. Der Rat lehnte zwei Anträge der SPD und der KPD ab, in denen die Abberufung Erhards gefordert wurde. 47 Abgeordnete stimmten gegen die Abberufung, während sich 35 der SPD und KPD dafür aussprachen. Zwei Abgeordnete (Zentr.) enthielten sich der Stimme.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Debatte um die Preispolitik. Prof. Dr. Erhard, die durch das vom Verwaltungsrat vorliegende Preiswuchergesetz sowie durch die Anträge auf Abberufung Erhards ausgelöst worden war. Die SPD stellte sich auf den Standpunkt, daß dieses Gesetz nichts anderes sei, als „Sand in die Augen des Volkes“, und daß es der Bevölkerung „Steine gebe statt Brot“.

Militärgouverneure billigen Gesetze

Frankfurt, 17. Aug. (DENA) Die Militärgouverneure Clay und Robertson billigten auf einer gemeinsamen Sitzung am Montag die Wirtschaftsratsgesetze Nr. 40, 43 und 47, geht aus einer Verlautbarung des Zweimächtekontrollamtes vom Dienstag hervor. Gesetz Nr. 40 regelt die Umstellung der Landwirtschaftskammern in reine Berufsorganisationen, die bis zum 31. Dezember abgeschlossen sein soll. Gesetz Nr. 43 über die Konsumgenossenschaften wurde mit dem Zusatz genehmigt, daß der Wirtschaftsrat nicht berechtigt ist, Gesetze von Konsumgenossenschaften zu erlassen, deren Tätigkeitsbereich sich auf das Gebiet eines Landes beschränkt. Gesetz Nr. 47 sichert aus dem Lastenausgleich entstehende Ansprüche. Die Genehmigung des Zweimächtekontrollamtes wird mit dem 1. September wirksam. Ferner beschlossen die Militärgouverneure, die Lebensmittelzulagen für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte aufzuheben.

CSR erläßt Postbeschränkung

Frankfurt, 17. Aug. (DENA) Die tschechoslowakische Postverwaltung hat, wie die Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen in der Bizone am Dienstag mitteilt, ab sofort den privaten Postverkehr einschließlich der Kriegesgefangenenpost mit Deutschland vorübergehend auf gewöhnliche Postkarten beschränkt. Diese Beschränkung bezieht sich jedoch nicht auf geschäftlichen und amtlichen Briefwechsel, Postsendungen nach der Tschechoslowakei an diplomatische Vertretungen, Staats- oder öffentliche Behörden und verschiedene als wichtig angesehene Körperschaften.

USA gegen Spionagebeschuldigungen

Washington, 17. Aug. (DENA-INS) Die USA bereiten, wie hier am Montag aus diplomatischen Kreisen verlautet, eine formelle Note an die Sowjetunion vor, in der alle sowjetischen Beschuldigungen und Forderungen im Zusammenhang mit Spionagefällen zurückgewiesen werden. Die Note soll ohne Rücksicht auf eventuelle Auswirkungen auf die Moskauer Besprechungen in scharfem Ton gehalten sein. Außerdem werde darauf hingewiesen, daß möglicherweise das Ansehen gestellt werde, gewisse Vertreter der Sowjetregierung aus den USA abzurufen, falls die Sowjets ihre Taktik beibehalten sollten.

Konferenz über Ruhr-Statut

Paris, 17. Aug. (UP) Sachverständige der sechs Unterzeichnermächte der Londoner Empfehlungen werden im September zur Ausarbeitung eines Ruhrstatuts zusammentreffen teilte am Dienstag ein Sprecher des französischen Außenministeriums mit. Der Ort dieser Besprechungen sei noch nicht festgelegt.

Dr. Schlange-Schöningen aus den USA zurück

Frankfurt, 17. Aug. (DENA) Der Direktor der Zensurenverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Hans Schlange-Schöningen, traf am Dienstag aus den USA kommend wieder in Frankfurt ein. Schlange-Schöningen hatte sich auf Einladung der amerikanischen Regierung drei Wochen in den USA aufgehalten. In einem Interview mit einem DENA-Vertreter erklärte er, er habe mit zahlreichen Stellen die bräunlichen deutschen Probleme erörtert. Er sei fast davon überzeugt, daß alles, was der Bizone zugesagt worden sei, auch erfüllt werde.

Scharlach-Epidemie in Basel

Basel, 17. Aug. (UP) Infolge einer plötzlich ausgebrochenen Scharlach-Epidemie mußten die Schulen der Stadt und des Kantons Basel geschlossen werden. Allein in der Stadt Basel wurden mehr als 1000 Krankheitsfälle gemeldet. Da die beiden Kinderkrankenhäuser Basels bereits überfüllt sind, mußte ein Notspital in einem Schulgebäude eingerichtet werden. Dank der Anwendung von Penicillin erholten sich jedoch die kleinen Patienten schneller, als früher üblich, und die leichteren Fälle können sogar zu Hause behandelt werden.

Explosion in Nürnberg

Nürnberg, 17. Aug. (UP) In einer Nürnberger Fabrik, die sich mit der Herstellung von Kondensatoren befaßt, explodierte am Montag ein Kessel mit Pech. Bisher sind zwei Tote und 32 Schwerverletzte zu beklagen.

Weizen für die Bizone

Washington, 17. Aug. (UP) Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat die Zuteilung von 342.000 Tonnen Weizen an das Staatssekretariat für die Armee bekanntgegeben. Davon werden 297.000 Tonnen nach der Bizone, die restlichen 45.000 Tonn nach Japan und Korea exportiert werden.

OMGUS verlegt nach Nürnberg

Nürnberg, 17. Aug. (UP) In Nürnberg sind Vorbereitungen zur Aufnahme des wichtigsten Abteilungs der amerikanischen Militärregierung für Deutschland (OMGUS) im Gange. Vier Abteilungen des OMGUS - Recht, Zivile Angelegenheiten, Informationsdienst sowie Erziehung und kulturelle Angelegenheiten - sind bereits von Berlin nach Nürnberg umgezogen. Weitere vier Abteilungen sollen in den nächsten Monaten folgen. Die gegenwärtigen Pläne sehen außerdem die Errichtung zeitweiliger Amtsräume für General Clay vor. In Berlin würde dann nur die Abteilung für politische Angelegenheiten zurückbleiben, die dem US-Außenministerium untersteht und General Clays persönlichen Stab enthält.

„Versorgung Berlins ist gesichert“

623 Transportflüge am Dienstag - Journalist von Russen verhaftet

Berlin, 17. Aug. (DENA) Die Zimmer der westlichen Verbindungsoffiziere im Haupternährungsamt in der Wallstraße wurden am Montagmittag auf sowjetische Anordnung hin in Abwesenheit der Offiziere geöffnet, um, wie erklärt wurde, Kenntnis „über Art, Lage und Verwendung der Räume“ zu erhalten. Der Leiter der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft bei der amerikanischen Militärregierung für Berlin, Leon I. Steck, erklärte hierzu am Dienstag, dieser Vorfall sei ein letzter Beweis dafür, daß die Sowjets die Zerteilung des Haupternährungsamtes durchgeführt haben. Trotz aller Behinderungen werde die Arbeit in Berlin jedoch weitergeführt werden. Steck betrachtet die Versorgung Berlins gegenwärtig und für die Zukunft als gesichert.

Wirtschaftskrieg gegen Israel

Tel Aviv, 17. Aug. (UP) Wie hier bekannt wird, haben die Araber nunmehr die ersten Maßnahmen durchgeführt, deren Ziel es ist, Israel wirtschaftlich zu bekämpfen. Dies geht aus einer Erklärung der holländischen Flugverkehrsgesellschaft „KLM“ hervor, derzufolge der Flugverkehr nach Israel eingestellt wurde, weil die Araber zu verstehen gegeben hätten, daß im Falle einer Aufrechterhaltung dieses Verkehrs die Zwischenlandung niederländischer Flugzeuge auf arabischen Flugplätzen nicht mehr gestattet werden würde. Aus dem gleichen Grunde haben auch die französische Gesellschaft „Air France“, eine holländische Schiffsverkehrs-gesellschaft und einige weitere Flugverkehrsgesellschaften die Flüge nach Haifa und Tel Aviv eingestellt. Zur gleichen Zeit wird die Gründung einer israelitischen Flug-Verkehrsgesellschaft „Israel Air“ bekanntgegeben, die zunächst zwischen Haifa und Paris verkehren wird.

Thyssen vor der Königsteiner Spruchkammer

Er stiftete hunderttausende Reichsmark für die NSDAP

Frankfurt, 17. Aug. (DENA) Die Spruchkammerverhandlung gegen den 74jährigen ehemaligen Großindustriellen Dr. h. c. Fritz Thyssen begann am Montag in Königstein im Taunus. Die 350 Seiten umfassende Anklageschrift beschuldigte Thyssen, wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß der Nationalsozialismus zur Macht gekommen war und daß er den Nationalsozialismus bei den Industriellen eingeführt und ihn wirtschaftlich entscheidend gestützt hat. Bereits vor dem Hitler-Putsch 1933 habe Thyssen der NSDAP hunderttausende Reichsmark zur Finanzierung des Putsches bereitgestellt. 1929 habe er, so führte der Kläger Guenther Knust in der Anklageschrift aus, das nationalsozialistische Volksbegehren gegen den

Young-Plan finanziell unterstützt und der NSDAP ungefähr eine Million Reichsmark für Parteizwecke zur Verfügung gestellt.

Der „Arbeitgeber-Verband Nord-West“ zahlte 1932 auf Veranlassung Thyssens der NSDAP hunderttausend Reichsmark für Wahlzwecke. Hermann Göring bekam von ihm, „damit er Figur machen könne“, hundertfünftausend Reichsmark. Im Januar 1932 habe Thyssen das bekannte Zusammen-treffen von 600 rheinisch-westfälischen Industriellen im „Industrieklub“ herbeigeführt. Hier habe Hitler die versammelten Industriellen auf die gemeinsamen Interessen der NSDAP und der Großindustrie hingewiesen.



O diese Radfahrer!

Deutschland kann zweifellos neben Holland und Dänemark den Anspruch erheben, als Land der Radfahrer angesprochen zu werden. Das ist aber nicht nur bildlich aufzufassen, in unseren gesegneten Gefilden gibt es eine Unzahl männlicher und weiblicher Wesen, die sich „radfahrend“ durchs Leben bewegen und dieses ideale Fahrzeug allen andern Fahrmöglichkeiten wegen der Zeit- und Kostenersparnis einerseits und der schlechten Luft in den Zügen andererseits vorziehen. Kluge Straßenbauer hatten deshalb schon in früherer Zeit diese beachtliche Zahl Verkehrsteilnehmer in ihre Pläne mit eingeschaltet und Radfahrwege angelegt, in der weisen Voraussicht, daß sie auch benötigt würden.

Jedoch der Planer denkt und der Radfahrer lenkt, sein Fahrzeug, wenn es irgend geht, nicht auf den Radfahrweg, sondern auf die gut asphaltierte Straße. Durch derartige Ablenkungsmanöver wurden in der letzten Zeit einige Verkehrsunfälle, vor allen Dingen auf der Straße von Karlsruhe nach Ettlingen verursacht, die sich hätten vermeiden lassen. Wie es sich herausstellte, wurden sie in jedem Fall durch die Unvorsichtigkeit radfahrender Zeitgenossen verursacht.

Wir wollen aber nicht ungerechtfertigt den Stab über die Radfahrer brechen, sie tragen zwar direkt die Schuld, indirekt dürfte aber auch die straßenbauende Behörde eine nicht ganz unbefleckte Weste dabei tragen. Wie wir uns überzeugen konnten, sind die Radfahrwege teilweise in einem derart erbarmungswürdigen Zustand, daß man es einem vernünftigen Menschen, der kein Artist ist, und nur über eine x-mal geflickte Bereifung verfügt, beim besten Willen nicht zumuten kann, die Wege der schönen Chaussee vorzuziehen.

Vielleicht wäre auch hier einmal eine Gelegenheit, trotz behördlicher D-Marktschwierigkeiten helfend einzugreifen und sie so herzurichten, daß polizeiliche Kontrollen und Straftatell gerechtfertigt erscheinen und Verkehrsunfälle vermieden werden. R. J.

Schwerer Verkehrsunfall

Am Montag gegen 22.30 Uhr stürzte auf dem abschüssigen Teil der Autobahn Pforzheim-Karlsruhe bei Wolfartsweyer, kurz vor dem Abzweig nach Frankfurt, ein Fernlastzug auf die gegenüber vorbeiführende, wesentlich tiefer liegende Autobahn, wobei er sich überschlug und die Insassen unter sich begrub. Vier Frauen, die unterwegs um Mithnahme gebeten hatten, wurden verletzt, eine davon schwer; jedoch machte sich bei allen der Transport ins Krankenhaus erforderlich. Der Fahrer, der — wie die sofortige Ermittlung ergab — den Lastzug in angetrunkenem Zustand steuerte und den daher die volle Schuld an diesem Unglück treffen dürfte, kam mit Prellungen und Hautabschürfungen davon.

GROSSER OPERN-ABEND IM STAATSTHEATER

Zum Anlaß eines kritischen Definitionsums können die an diesem Eröffnungsabend der Vorspielzeit gezeigten gesanglichen Leistungen schon deshalb nicht genommen werden, weil ein solcher Querschnitt zumeist den besonderen Anlagen der Sänger weitestgehend Rechnung trägt. Immerhin kam das reizvolle Fluidum der Oper als entscheidungsvolles Fazit allenthalben gut zum Ausdruck. Daß durch die Erkrankung Paula Baumanns das einzige Terzett entfallen mußte, empfand man als spürbare Lücke des Abends, der sich somit nur auf solistischen Vortrag beschränkte.

Wagners „Meistersinger“-Vorspiel, von Otto Matzerath mit subtiler Zeichnung schwingvoll geleitet, und die Ansprache des Hans Sachs, sehr sicher und ausdrucksvoll von Edmund Eichinger vorgelesen, bildeten die Eckpfeiler, die Säulen des Abends, in deren Bogen die italienische, französische und deutsche Oper umschlossen lag. Die Arie des Radames erklang durch Paul Kachelries im technischen Wechsel von Brust- und Kopftönen durchaus eindrucksvoll. Das Heldische der Partie war gefestigt. Ein etwas eleganteres Portamento in der Bewegung der Kopftöne wäre der melodischen Sensibilität der Verdischen Cantilene noch mehr gerecht geworden. Werner Schupp erfüllte zufolge seiner lyrischen Neigung diese Forderung sehr gut und traf damit das verlangte französische Kolorit in Böhldeus „Weiße Dame“. Sehr sympathisch kam das angenehme herliche Timbre von Melanie

Einzelhandel gegen völlige Gewerbefreiheit

Anläßlich einer vom Landesverband des Einzelhandels Württemberg-Baden durchgeführten Kundgebung wurde gegen die vom Wirtschaftsrat beabsichtigte unbeschränkte Gewerbefreiheit einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

Der württembergisch-badische Einzelhandel hat, mit größter Aufmerksamkeit und Sorge eine Entwicklung verfolgt, die ihren vorläufigen Abschluß in dem Erlaß des „Gesetzes über die Zulassung von Gewerbetreibenden“ durch den Wirtschaftsrat gefunden hat. Entgegen allen Erwartungen hat der Wirtschaftsrat mit der Wiederherstellung der Gewerbefreiheit, die auch vom Einzelhandel im Grundsatz begrüßt wird, zugleich die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für den Zugang zum Einzelhandelsberuf beseitigt.

Die anläßlich einer Großkundgebung im Festsaal des Furbachhauses in Stuttgart versammelten Einzelhandelskaufleute erheben gegen das Gesetz, gleichzeitig im Namen ihrer zehntausende von Angestellten, aus den nachstehenden Gründen schärfsten Protest:

Mit dem endgültigen Inkrafttreten dieses Gesetzes würde der Einzelhandel zwangsläufig zum Sammelbecken gescheiterter Existenzen werden, die in anderen Berufen versagt haben oder kein Unterkommen finden können. Der gesamte Schwarzhandel wäre mit einem Schlage legalisiert. Fehlinvestitionen, die eine Verschleuderung volkswirtschaftlicher Werte bedeuten, müßten die weitere Folge sein. Die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen sind offensichtlich. Große Bedenken müßten sich hin-

sichtlich der zukünftigen Verbraucherversorgung ergeben. Da die Verbraucher unlauteren Machenschaften schutzlos preisgegeben wären. Die Hoffnungen auf einen natürlichen Ausleseprozeß im Handel würden sich nicht erfüllen. Erfahrungsgemäß wird vielmehr im Konkurrenzkampf mit unlauteren Mitteln der anständige Geschäftsmann unterliegen.

Der Einzelhandel sieht seine jahrzehntelangen Anstrengungen auf dem Gebiet der Berufsförderung mit einem Schlag illusorisch gemacht. Die mühevollte Arbeit in Bezug auf den Aufbau des kaufmännischen Ausbildungswesens und die Gründung zahlreicher Fachschulen hätten dann ihren Sinn verloren. Die Schwierigkeiten der Heranziehung eines qualifizierten Nachwuchses würden sich erheblich vergrößern. Die Angestellten und Lehrlinge des Einzelhandels müßten sich mit Recht fragen, warum

man von ihnen eine dreijährige Lehrzeit und anschließend Gehilfenfähigkeit fordert, wenn jedermann diesen Beruf auch ohne Vorbildung ausüben kann.

Vollkommen unerträglich ist aber die unterschiedliche Behandlung zwischen Einzelhandel und Handwerk. Sie bedeutet eine klare Diffamierung des Einzelhandels. Die grundsätzliche Anerkennung einer geordneten Gewerbefreiheit schließt nicht aus, daß der Neuzugang zum Einzelhandel in einer Weise geregelt werden muß, der der volkswirtschaftlichen Bedeutung und der Aufgabenstellung dieses Berufsstandes gegenüber dem Verbraucher Rechnung trägt. Der Einzelhandel fordert daher, daß sich der Wirtschaftsrat der Auffassung des Landerrats anschließt und bei der erneuten Behandlung des Gesetzeswurfes den Wünschen auf Wiedereinführung des Sachkunde- und Zuverlässigkeitennachweises nachkommt.

In Sachen Rohtabak und Kuhfleisch . . .

... hatte das Amtsgericht Karlsruhe (Vorsitz Landgerichtsrat Dr. Großmann) mit insgesamt sechs Angeklagten aus Friedrichstal, Spöck und Wiesental am Montag ein „ernstes Wörtchen“ zu reden. Der Sechste kam jedoch nicht (wahrscheinlich war er zu schüchtern), sodaß nur ein Quintett zustande kam. Beim „Fall Rohtabak“, der zuerst zur „Debatte“ stand, schrumpfte der gemischte Chor sogar noch zum Quartett zusammen, denn Erika hatte nur in dem „Kuhfleisch-Duett“ (zusammen mit ihrem „Nikotin-Bruder“ Helmut) mitgewirkt.

In einer schwellen Sommernacht des Jahres 1946 kamen Helmut K. aus Friedrichstal, Friedrich G. und Edgar Pl. aus Wiesental zusammen mit dem in der Verhandlung abwesenden Karl N. aus Spöck auf die Idee, dem Tabaklager der Firma Nonnenmacher-Heidt einen kleinen „Besuch“ abzustatten, mit der schönen Absicht, dort einige Kilo des damals sehr hoch im Kurs stehenden „Glimmatengel-Ausgangsproduktes“ (dies: Rohtabak) „lockern“ zu machen, denn Edgar hatte zuvor in Hamburg gut zahlende „Großabnehmer“ gefunden. Mit je einem „Sack im Gewande“ und einer Eisensäge unter der Weste pirschten sie sich an dem fraglichen Abend an das Lagerhaus 'ran und „stürmten“ es bald darauf, nachdem der „Schmücker“ stehende Friedrich „Luft sauber“ signalisiert hatte. Der Erfolg war überwältigend, und „schwer mit den Schützen der Hardt beladen“ eilte man kurz darauf den heimischen Gefilden entgegen. Helmut war dies zu beschwerlich; denn als er eines der älteren Grundstücke „passierte“, warf er den köstlichen Ballast in „volle Deckung“, und die Frau Mama brachte Tags darauf das „Hasenfutter“ per Fahrrad endgültig ins Trockene.

Und die Moral von der Geschicht: Wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls haben Helmut sechs Monate, Edgar fünf Monate und Friedrich vier Monate Zeit, um im Gefängnis über „mein und dein“ philosophische Betrachtungen anzustellen, die hoffentlich am Ende in der felsenfesten neuen Erkenntnis gipfeln mögen, daß dies sogar ein ganz gewaltiger Unterschied ist. Die wegen Begünstigung zu 200 DM. verurteilte Mutter Friedrichs wird während des „Absolvierns“ dieser Summe sicher im Selbst-Studium alles daran setzen, den Unterschied zwischen Hasenfutter und vorgorenem Tabak zu ergründen, um sich künftig schlaflose Nächte zu ersparen.

Das groß angekündigte „Kuhfleisch-Duett“ fiel leider insofern ins Wasser, als die Akteure (Friedrich und Erika) durch die Verfassungsmannstieff strafrei ausgingen und somit vom Gesetzgeber quasi eine Belohnung für ihre lächelnd zugegebene Schwarzschlachtung vom Frühjahr 1946 erhielten. H.

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Betr. Ausgabe von Butter statt Öl, Malserezeugnissen und Kakao-Nährkraft weisen wir auf die amtlichen Bekanntmachungen im heutigen Anzeigenteil hin.

Badisches Staatstechnikum. Das am 19. Juni unterbrochene Sommersemester 1948 wird für alle Studierenden vom 1. bis 30. September fortgesetzt. Anschließend beginnt das Winter-Semester 1948/49. Die Studierenden wollen sich rechtzeitig zur Fortsetzung des Semesters einfinden, oder schriftlich mitteilen, daß die Weiterführung ihres Studiums nicht möglich ist. I.

Das Vivarium in der Ruppurrer Straße (ehemaliges Seminar) wird demnächst neue Räume im Sarungelgebäude (Friedrichsplatz) beziehen. Die Absicht des Verkehrsvereins, eine Verlegung des Vivariums in den Stadtgarten zu erreichen, läßt sich daher nicht verwirklichen. h.

Zimmertheater im Civic Center. Die Badische Bühne Karlsruhe veranstaltet jeden Donnerstag und Samstag jeweils um 19.30 Uhr einen Theaterabend. Die Eintrittspreise liegen zwischen 1.00 DM. und 1.50 DM. Zur Zeit steht der große Lohrerfolg „Der blaue Heinrich“ auf dem Programm.

OFFEN GESAGT...

Die Einsender nachstehender Beiträge sind der Redaktion namentlich bekannt, genießen jedoch den Schutz des Redaktionsgeheimnisses. Ihre Meinung ist nicht unbedingt die der Redaktion.

Bezüglich Kostenersatz der durch Erdstöße verursachten Gebäudeschäden möchte ich auf die Einstellung der Staatlichen Gebäudeversicherungsanstalt zu diesem Problem hinweisen.

Diese Behörde lehnt jede Entschädigungspflicht für durch höhere Gewalt bedingte Schäden ab. Gemäß den Statuten werden demgegenüber durch Erdstöße verursachte Schäden anerkannt. Die Aufnahme der Erdbebengefahr unterblieb m. E. bei der Festsetzung der Versicherungsbedingungen, da diese Art von Schäden bis jetzt kaum vorkam. Da diese Erdstöße technischer Art sind halte ich es auch für nicht ausgeschlossen, daß Verwerfungen auch der Erdoberfläche besonders an den Ursprungsstellen zu konstatieren sind und somit die Bedingung des Erdstoches gegeben ist.

Alle Hausbesitzer, die gleich mir durch diese Schäden pekuniär in recht erheblichem Maße betroffen wurden, sollten sich in dieser Beziehung an den Verein für Haus- und Grundbesitz, den bewährten Vertreter ihrer Standesinteressen, wenden. E. R.

Parteien haben das Wort

Die Beiträge im Parteien-Abchnitt erscheinen außer Verantwortung der Redaktion.

Der Fall Worch

Mit mindestens ebenso großer Empörung wie wohl die gesamte Karlsruher Bevölkerung hat die SPD Karlsruhe in einer Vertreterversammlung zu dem Spruchkammerurteil gegen den ehemaligen Kreisleiter Worch Stellung genommen. Auf Grund des der Öffentlichkeit bekannten Materials kann dem Urteil auf Einreihung in die Gruppe der Minderbelasteten ohne Sühnemaßnahmen und somit als Mittläufer, kein Verständnis entgegengebracht werden. Auch die von den Entlastungszeugen der Spruchkammer vorgetragene Falle können die Tatsache nicht erschüttern, daß Worch — ein „alter Kämpfer“, ehem. Kreisleiter der NSDAP und Mitglied des Volksgereichtshofes — die Unmenschlichkeiten des Nazi-Systems mitzuverantworten hat.

Es hat mit Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, wenn durch derartige Urteile die kleinen PG's und kleinen Amtsträger — Arbeiter, Angestellte und Beamte — im Verhältnis zu ihrer politischen Belastung mit härteren Sühnemaßnahmen belegt worden sind, als jetzt zur Aburteilung kommende Nazi-Aktivisten. Die Vertreterversammlung der SPD beauftragte den Vorstand, geeignete Schritte zu unternehmen, um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen.

Die drei von den 23 Entlastungszeugen öffentlich mit Namen Genannten — davon zwei Sozialdemokraten — haben selbstverständlich niemals im Auftrage einer Instanz der SPD, sondern nur als Privatpersonen in Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte gehandelt. Niemals konnten diese Aussagen allein den Spruch der Kammer rechtfertigen, umso mehr, da sich die Aussagen einzig und allein auf die persönlich gemachten Erfahrungen in der Zeit von 1944 bis zum Zusammenbruch bezogen haben.

Sozialdemokratische Partei Ortsverein Karlsruhe.

Badisches Staatstheater. Am Donnerstag, 19. August, kommt im Großen Haus die Operette „Im weißen Rössl“ zur Aufführung. In der Karl Mehnert a. G. die Rolle des Fabrikanten Giesecke spielen wird.

Die SAZ gratuliert. Seinen 81. Geburtstag feiert am heutigen Mittwoch Herr Heinrich Layh, Gottesauerstraße 19.

Nicht niederschlagsfrei. Ueberrascht: Mit dem Vordringen etwas kühlerer Meeresluft von Frankreich her hat sich bei uns wieder stärker bewölkt Wetter eingestellt. Einzelne schwere Störungen können gelegentliche Niederschläge verursachen.

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst, gültig bis Freitag früh: Stärker bewölkt, örtliche gewittrige Regenfälle. Höchsttemperatur 20 bis 22 Grad. Im Laufe des Donnerstag nach vorübergehender Bewölkungsabnahme erneut eintrübend. Später wahrscheinlich auch Regen. Tagesscheittemperatur 21 bis 23 Grad. Nachts Abkühlung auf 12 bis 15 Grad. Meist schwache Winde aus Südwest bis West.

Rheinwasserstände vom 17. 8. 48. Konstanz 469 - 3; Breisach 336 - 13; Kehl 392 - 14; Maxau 690 - 12; Mannheim 510 - 2; Caub 387 - 16. -w-.

Verantwortlicher Lokalredakteur: Helmut Haug; Karlsruher Redaktion: Waldstr. 26, Tel. 973923; Anzeigenannahme: Kaiserstr. 66, Telefon 6648.

Württemberg-Badische Rundschau

Heidelberg. Die Heidelberger Stadtverwaltung hat ein großzügiges Straßenbauprogramm in Angriff genommen und zum Teil schon durchgeführt. Zunächst wird die Rohrbacher Straße nach dem Süden hin verbreitert und für eine Doppelgleisanlage der Straßenbahn eingerichtet. In der Zwischenzeit wurden zwei Gleise der Straßenbahn durch die Weststadt gelegt, die vom 1. September an benutzt werden können. Damit wird die Weststadt verkehrsmäßig erschlossen und gleichzeitig die Hauptverkehrsstraße der US-Armee, die Verbindung des Hauptquartiers und Hospitals mit der Stadt, und den anderen Kasernen im Westen der Stadt verbreitert und an die Karlsruher, Mannheimer und Frankfurter Autobahn angeschlossen. — Zugleich eine großzügige Umgehung der verkehrsrüberfüllten West-, Innen- und Bergheimer Stadt. Oberhalb der Alten Brücke wird durch die Errichtung einer Betonmauer eine neuzeitliche Terrassenanlage mit Blick auf das Schloß und die Altstadt geschaffen. Die verschiedenen Projekte, die alle in Angriff genommen sind, werden einen Kostenaufwand von nahe-

zu einer Million verursachen und der Stadt, zumal durch die Aufnahme des amerikanischen Hauptquartiers, das Gepräge einer modernen Verkehrsstadt geben. J. W.

Mannheim. Der schweizerische Caritasverband in Luzern hat dreißig Patenschaften für vom Ludwigshafener Unglück betroffene Familien in Mannheim übernommen. Die Familien erhalten sechs Monate lang Lebensmittelpakete. — Die Zahl der Arbeitslosen im Mannheimer Bezirk ist von 400 auf 2600 gestiegen, woran besonders die Angestellten beteiligt sind. Bei der Mannheimer Industrie haben sich die Annullierungen von Aufträgen in mäßigen Grenzen gehalten, sodaß keine Entlassungen nötig waren. Die personellen Einschränkungen bei der Mannheimer Stadtverwaltung sollen 15 v. H. des Gesamtbestandes von 8000 Köpfen betragen. Der Abbau wird nicht schematisch durchgeführt. In erster Linie kommen leistungsschwache und Doppelverdiener in Frage. — Das Mannheimer Stadion soll nach den vorliegenden Plänen in seinem Hauptkampfbereich verbessert werden. Man will die Zuschaueranlagen aufstocken, um mehr Plätze zu gewinnen. — Im Rahmen der Pfalzhilfe gingen bei den Mannheimer Stellen rund 37 000 DM ein, außerdem von der Bergstraße eine erfreulich große Menge von Lebensmitteln und Wein. — Das Mannheimer Nationaltheater beginnt am 5. September seine neue Spielzeit mit der „Zauberflöte“. Während der Sommerferien wird der Bühnenboden verbessert und ein Schnürboden eingebaut. — Die Währungsreform hat die Fernbahnen nach Heidelberg und Weinheim um 40 v. H. entlastet. Seit 21. Juni wurden 2 Millionen Personen befördert gegenüber 3,6 Millionen im gleichen Zeitraum vor diesem Tag. — Der Schwarze Markt existiert im wesentlichen noch von den Umsätzen von Zigaretten, die in Stangen gehandelt werden. Anscheinend kommen aus dem „Loch im Westen“ noch größere Mengen Tabak herüber.

Deckenpfronn. Ein blutiges Drama hat sich hier abgespielt. Als der Landwirt Robert Sattler 1946 aus der Kriegsgefangenschaft heimkam, fand er auf seinem Hofe den russischen Arbeiter Alexis Michailow, der dort schon seit 1942 tätig war. Mit der Zeit merkte Sattler, daß zwischen seiner Frau und Michailow eine gewisse Vertraulichkeit herrschte. Wiederholt kam es zwischen den beiden Männern zu Eifersüchteleien. Als kürzlich wieder einmal Streit zwischen den Beiden entstand, griff Michailow zum Messer und stieß es Sattler mehrfach in den Hals und in die Brust und verletzte ihn so schwer, daß er in kurzer Zeit verblutete. Michailow ging darauf nach Calw und stellte sich dort der französischen Gendarmerie. Inzwischen ist auch Frau Sattler in Untersuchungshaft genommen worden. ov.

Geißlers Altstimme in der Arie der Eurydike zur Geltung. Bei der neu verpflichteten Helena Bader trat die starke Empfindungsgebe hervor, wenngleich eine leichte Verschleierung — sicherlich zufolge einer kleinen Indisposition — in der Höhenlage spürbar war. Gesanglich wie mimisch gab Hannelore Wolf-Ramponi der „Violetta“ beredten Ausdruck, man möchte aber das Erfassen oberer Tonlagen noch prägnanter von der Höhe her wünschen. Packend und einprägsam sang der stimmkräftige Eugen Ramponi den Rigolettomonolog. Ausgezeichnet fernerhin Hans Neugebauer, dessen stimmlich flüssige Geschmeidigkeit — für einen Bassisten wirklich außerordentlich — der Arie von Mozarts „Figaro“ mühelos gerecht wurde; als Mozartsänger ist er geradezu prädestiniert. Das jubelnde sprudelnde Lied der Needa erfasste die sensible und technisch sehr geschickte Else Blank stilvoll, und Erwin Hodapp begegnete der Arie des René diszipliniert, piano und forte angenehm differenzierend. „O sancta justitia“ tönte es gewaltig von Franz Schuster her, und last not least wären noch der kräftig, aber etwas viskos erscheinende Baß von Siegmund Mezey, der ein wenig boegnt wirkende, sonst jedoch gefällige Sopran Lore Pauls und die passable Tenorbuffoleistung von Johann Eltente zu nennen. W. Röse

Wie das Staatstheater mittelt, wird die Veranstaltung am kommenden Samstag um 19 Uhr wiederholt.

